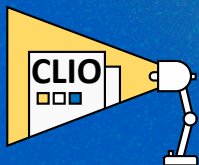


*Challenging Hostile Views
and Fostering Civic Competences*

Angstfreies Einstehen für Demokratie und Toleranz



Impressum

Projektleitung:

Dr. Sebastian Fischer
Institut für Didaktik der Demokratie
Leibniz Universität Hannover

Projektmanagement:

Ronja Kummer

Autorinnen:

Susanne Reitmair-Juárez, Johanna Taufner

Wien 2020

Layout:

Ronja Kummer, Julian Riemann

Projektnummer:

2019-1-DE02-KA202-006185

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt der Publikation darf zu Bildungs- und anderen nichtkommerziellen Zwecken verwendet werden, unter der Bedingung, dass in jeder Reproduktion folgender Name als Quelle verwendet wird: Erasmus+ Projekt CLIO



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



Dieses Projekt wurde mit der Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Diese Publikation repräsentiert ausschließlich die Ansichten der Autoren. Für die Nutzung des Inhaltes kann die Kommission nicht verantwortlich gemacht werden.

Über das Projekt

Clio – Challenging Hostile Views and Fostering Civic Competences: Sparkling Moves for VET Teachers

Clio ist ein Erasmus+ Projekt zur Prävention und Bewältigung von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Berufsschulen.

Lehrer*innen sowie Schulleiter*innen sollen befähigt werden, entsprechende Positionen bei ihren Schüler*innen früh zu erkennen sowie selbstbewusst und ohne Angst für demokratische Grundwerte einzutreten.

Zu diesem Zweck entwickeln Expert*innen verschiedener Disziplinen aus Österreich, Polen, Kroatien und Deutschland in enger Zusammenarbeit mit der Zielgruppe verschiedene Materialien, wie zum Beispiel diese Broschüre, eine App zur Erkennung von rechtsextremen Symbolen, ein Blended-Learning-Training und Podcasts. Das Hauptaugenmerk dieses Projekts liegt auf dem Aufbau von Netzwerken mit anderen Akteur*innen in den einzelnen Ländern, um die Schulen bei ihrer Arbeit zu stärken und ihnen Wissen und qualitativ hochwertiges pädagogisches Material für den Umgang mit antidemokratischen Tendenzen zur Verfügung zu stellen.

Mehr Informationen finden Sie hier:

www.clio-project.eu



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäische Union

Inhaltsverzeichnis

In dieser Broschüre erfahren Sie...	4
Was ist Rechtsextremismus?	5
Rechtsextremismus in Österreich, ein Überblick	7
Warum sind rechtsextreme Gruppen erfolgreich?	9
Wie erkenne ich Rechtsextremismus?	11
Grundlagen Politischer Bildung in Österreich	12
„Darf ich das denn sagen?“ Politische Bildung und die Sache mit der Neutralität...	17
Wie ist die rechtliche Lage?	19
Gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung auftreten	20
Pädagogisches Handeln	22
Prävention im Unterricht	25
Hilfreiche Adressen	26
Quellen	28

In dieser Broschüre erfahren Sie...

-  ... was Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind.
-  ... wie die entsprechende Situation in Österreich ist.
-  ... warum es wichtig ist, sich mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu befassen.
-  ... wann es als Lehrkraft möglich und vor allem nötig ist, sich gegen bestimmte Äußerungen oder Verhaltensweisen von Schüler*innen, Eltern oder Kolleg*innen zu positionieren.
-  ... auf welche rechtlichen Grundlagen Sie sich dafür berufen können.
-  ... welche sinnvollen pädagogischen Ansätze zur Prävention es gibt.
-  ... welche Beratungsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten es für Sie und Ihre Kolleg*innen gibt.
-  ... was das Clio-Projekt noch alles für Sie bietet.

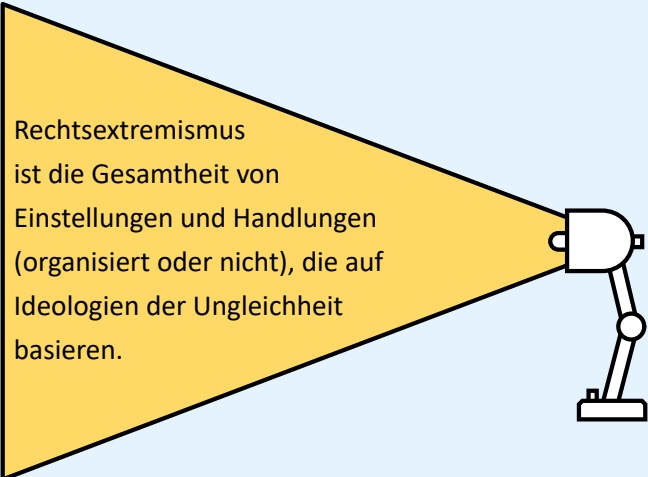
Was ist Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus ist kein homogenes ideologisches Konzept, es weist aber bestimmte Merkmale auf:

-  Rechtsextremismus ist durch einen starken Nationalismus gekennzeichnet. Es herrscht die Vorstellung einer äußeren Bedrohung, vor der Volk und Nation geschützt werden müssen.
-  Ungleichheitsideologien werden durch Wir-Sie-Konstruktionen gebildet. „Wir“ und „die Anderen“ werden als unvereinbare Gruppen dargestellt.
-  Im Rechtsextremismus verknüpfen sich völkische Ideologien mit Ideologien der Ungleichheit wie Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie.
-  Rechtsextremismus lehnt eine freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Demokratische Institutionen und deren Repräsentant*innen werden abgewertet. Stattdessen sollen autoritäre oder totalitäre staatliche Systeme die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden.
-  Rechtsextremismus relativiert oder verleugnet die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Was ist Rechtsextremismus?

Ideologien der Ungleichheit bzw. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit existieren auch unabhängig von Rechtsextremismus. Sie treten in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auch in unseren Schulen zu Tage. Sie können intersektional sein. Das bedeutet, dass sie sich überschneiden, zueinander in Bezug stehen und sich gegenseitig verstärken können, z.B. wenn muslimische Mädchen gleichzeitig von Rassismus und von Sexismus betroffen sind.



Rechtsextremismus
ist die Gesamtheit von
Einstellungen und Handlungen
(organisiert oder nicht), die auf
Ideologien der Ungleichheit
basieren.

Rechtsextremismus in Österreich...

In den letzten Jahren erkennen wir eine zunehmende „Normalisierung“ von Rechtsextremismus in Österreich. „Normalisierung“ bedeutet, dass Politiker*innen und Aktivist*innen der Rechten und Rechtsextremen kontinuierlich Wörter verwenden oder Forderungen erheben, die eigentlich von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als zu extrem abgelehnt werden. Diese ständigen kleinen Grenzüberschreitungen oder „Einzelfälle“ führen jedoch dazu, dass die Öffentlichkeit sich langsam an solche Begriffe gewöhnt, ihnen der „Schrecken“ genommen wird und immer mehr Menschen bzw. Politiker*innen sie verwenden.

Hier skizzieren wir für Sie zuerst, woran diese Normalisierung zu erkennen ist. Im nächsten Schritt beschreiben wir den sich daraus ergebenden Bedarf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Schulen.



Die Normalisierung von Rechtsextremismus in Österreich ist laut Verfassungsschutzbericht 2018 sowie laut Israelitischer Kultusgemeinde an einem Anstieg rechtsextremer sowie antisemitischer Gewalt zu erkennen.



Die Normalisierung von Rechtsextremismus in Österreich ist laut dem Mauthausen-Komitee

...ein Überblick

Österreich an einem Anstieg antisemitischer und rechtsextremer Aktivitäten von FPÖ-Politiker*innen zu erkennen, die gleichzeitig auf verschiedenen politischen Ebenen Gesetze mitgestalten.

▶ Die Normalisierung von Rechtsextremismus ist auch an einer Verrohung der Sprache zu erkennen: Die „Grenze des Sagbaren zu verschieben“ ist eine Strategie, die von rechten Gruppen bewusst eingesetzt wird.

▶ Mittels strategisch geplanter Online-Kampagnen versuchen rechtsextreme Gruppen, Diskurshoheit zu erreichen, bestimmte Themen zu stärken und z.B. kritische Journalist*innen einzuschüchtern.

Wichtige Anlaufstellen:

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes www.doew.at

Mauthausen Komitee Österreich
www.mkoe.at

Warum sind rechtsextreme...

Der Erfolg rechtsextremer Gruppen hat mehrere Gründe. Dazu zählen unter anderem:



Das Projekt der Entnazifizierung Österreichs wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bereits nach wenigen Jahren wieder abgebrochen. Einerseits hatten die Alliierten im beginnenden Kalten Krieg ihr Interesse daran verloren, andererseits versuchten die österreichischen Parteien, unter den ehemaligen Nationalsozialist*innen um Stimmen zu werben. Nationalsozialistisches Gedankengut konnte somit bis heute kontinuierlich erhalten und weitergegeben werden.



Zusätzlich zu Kontinuitäten eines „traditionellen“ Rechtsextremismus gibt es zunehmend neue Akteur*innen (z.B. „die Identitären“), die alte Inhalte mit neuen Begriffen vermitteln und auf moderne, jugendliche und „ansprechende“ Weise interpretieren. So wird Rechtsextremismus in Jugendkultur (Musik, Kleidung, Street-Art, Computerspielen etc.) transportiert, um gezielt junge Menschen anzusprechen.

...Gruppen erfolgreich?

- ▶ Rechtsextreme Gruppen können für Jugendliche, die sich z.B. ausgeschlossen und isoliert fühlen, ein soziales Netz bieten.
- ▶ Rechtsextremismus kann identitätsstiftend sein, indem er eine klare Ordnung von Zugehörigkeit und Regeln des Zusammenlebens bietet (Wir-Sie- oder Freund-Feind-Schema).
- ▶ Durch Gewaltverherrlichung und -bereitschaft in rechtsextremen Gruppen können Aggressionen abgebaut werden.
- ▶ Völkische und Ungleichheitsideologien liefern einfache Antworten auf komplexe Fragen. Die Formel „Wir gegen Sie“ wird zur Lösung aller Probleme herangezogen. Vielschichtige gesellschaftspolitische Herausforderungen können durch den Verweis auf Sündenböcke „gelöst“ werden.

Wie erkenne ich Rechtsextremismus?

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden oft nonverbal ausgedrückt: Mit dem offenen Tragen von Codes, Symbolen, bestimmten Kleidungsmarken bzw. Konsum bestimmter Produkte, dem Posten von Memes etc. wird die Zugehörigkeit zu bestimmten Szenen markiert.

Greifen Sie ein, wenn Sie das mitbekommen. Dies kann auch nur Ausdruck einer beginnenden Sympathie mit einem gewissen Gedankengut sein, sodass eine niederschwellige Intervention bei den Jugendlichen auch Nachdenkprozesse auslösen kann. Die Symbole müssen nicht zwingend verboten sein, dennoch tragen sie zu einer Normalisierung oder Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter Schüler*innen bei.



Grundlagen Politischer Bildung

Laut einer Studie des Zentrums für Politische Bildung der PH Wien aus 2020 weisen Schüler*innen erhebliche Wissenslücken bei den Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus auf.

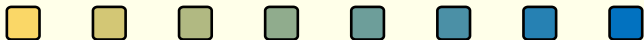
Lehrer*innen sind sich oft unsicher, welchen persönlichen und rechtlichen Rückhalt sie haben, wenn sie aktiv demokratische Werte verteidigen wollen.

Zusätzlich sind Lehrer*innen bereits durch Leistungs- und Zeitdruck belastet. Der proaktive Umgang mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellt somit eine zusätzliche Herausforderung dar.

Einen wichtigen Rahmen, um sich mit der Problematik auseinanderzusetzen, bietet Politische Bildung. Doch was ist damit eigentlich gemeint? Was ist in der Politischen Bildung erlaubt und was ist verboten? Worauf können Sie sich stützen und wo finden Sie Materialien, Beratung und Expertise? Auf den folgenden Seiten finden Sie einige Antworten auf diese Fragen!

Grundlagen Politischer Bildung

Wie im Schulorganisationsgesetz definiert, ist Politische Bildung zentrale Aufgabe der Schule. Im Folgenden werden die wichtigsten Grundlagen der Politischen Bildung in Österreich kurz erklärt.



Der Beutelsbacher Konsens

Die Grundsätze des Beutelsbacher Konsens fordern eine sachliche Auseinandersetzung mit den in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit vertretenen Positionen im Unterricht. Er enthält drei zentrale Prinzipien:

- ▶ **Überwältigungsverbot:** Die Indoktrination der Jugendlichen ist verboten, dies verpflichtet aber nicht zur Wertneutralität. Lehrkräfte sollen selbstverständlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und Menschenrechte eintreten.
- ▶ **Kontroversitätsgebot:** Was in Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers ist, muss auch im Unterricht so dargestellt werden. Nur so können die Jugendlichen sich ihr eigenes Urteil bilden.
- ▶ Schüler*innen sollen in die Lage versetzt werden, **politische Situationen und ihre eigenen Interessen zu analysieren** und Mittel zu suchen, um die politische Lage zu beeinflussen.

Grundlagen Politischer Bildung

Das Kompetenzmodell für Politische Bildung

Das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung aus 2008 benennt Kernbereiche, die zum Ziel haben, ein reflektiertes und (selbst-)reflexives politisches Bewusstsein von Schüler*innen zu stärken. Folgende Kompetenzen gehören dazu:

-  **Urteilskompetenz** meint die Fähigkeit, selbstständig eigene und andere Urteile zu hinterfragen, zu überprüfen und ggf. zu verändern.
-  **Handlungskompetenz:** Politische Positionen anderer verstehen, aufgreifen und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.
-  **Methodenkompetenz:** Fähigkeiten und Fertigkeiten, um Informationen (online und offline) zu recherchieren, auf ihre Glaubwürdigkeit zu überprüfen, einzuordnen und darauf aufbauend ein eigenes Urteil zu bilden.
-  **Sachkompetenz:** Das notwendige Wissen zur Beurteilung eines Themas erwerben. Kategorien und die ihnen innewohnenden Konzepte des Politischen verstehen, kritisch beurteilen und weiterentwickeln können.

Grundlagen Politischer Bildung

Der Grundsatzterlass 2015

Durch den Grundsatzterlass des Bildungsministeriums wurde Politische Bildung als Querschnittsmaterie (=Unterrichtsprinzip) für alle Schulfächer und -stufen definiert. Das bedeutet, politische Fragen können und sollen in jedem Schulfach aufgegriffen werden, wenn sich Gelegenheit dazu bietet.

Folgende Ziele werden definiert (Auswahl):

-  Politische Bildung leistet einen wesentlichen Beitrag zu Bestand und Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten.
-  Politische Bildung basiert auf demokratischen Prinzipien und auf Grundwerten wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Überwindung von Vorurteilen, Stereotypen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von Sexismus und Homophobie ist in diesem Zusammenhang besonders anzustreben.
-  Politische Bildung vermittelt, dass eine gerechte Friedensordnung und faire Verteilung von Ressourcen für das Überleben der Menschheit notwendig sind und dass dies weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und auch als persönliche Verpflichtung aufgefasst werden muss.

Grundlagen Politischer Bildung

Politische Bildung im Lehrplan für Berufsschulen

An österreichischen Berufsschulen gibt es (als einziger Schulform!) ein eigenes Pflichtfach Politische Bildung. Im Lehrplan werden u.a. folgende didaktische Grundsätze definiert:

-  Im Vordergrund des Unterrichts stehen die Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung des Interesses an Politik und an politischer Beteiligung. Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen politischen und gesellschaftlichen Geschehen ist vor das Faktenwissen zu stellen.
-  Begegnungen mit Vertreter*innen aus dem öffentlichen Leben sind zu fördern.
-  Die Unterrichtsgestaltung ist auf die Entwicklung einer (selbst-)kritischen Haltung gegenüber gesellschaftlichen Weltanschauungen, den Aufbau eigener Werthaltungen, die Förderung der Fähigkeit zur selbstständigen Beurteilung von politischen Sachverhalten sowie die Entwicklung von Toleranzfähigkeit auszurichten.
-  Breiter Raum ist dem Dialog zu geben.

„Darf ich das denn sagen?“

Zusammenfassend begründet keine der genannten Grundlagen Politischer Bildung irgendeine Toleranz gegenüber Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Kontroverse Positionen können nur so lange als gleichberechtigte Stimmen im demokratischen Diskurs anerkannt werden, wie sie mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten in Einklang stehen. Meinungsfreiheit endet, wo Diskriminierung und Verhetzung beginnen. Rechtsextremismus im Unterricht zu thematisieren und sich ihnen entgegenzustellen ist somit keine Option, sondern eine Pflicht.

Oftmals zögern Lehrer*innen jedoch, heikle Themen im Unterricht zu behandeln, aus Angst, ihre „neutrale“ Position zu verlieren. Gerade in politischen Fragen gibt es Neutralität aber gar nicht. Unsere Ansichten sind wesentlich von unserer persönlichen Position in der Gesellschaft, unserer Identität und unseren Interessen beeinflusst und somit niemals „neutral“ oder „objektiv“. Lehrer*innen laufen vielmehr Gefahr, Schüler*innen unbewusst zu indoktrinieren, wenn sie ihre eigene Position nicht offenlegen.

...die Sache mit der Neutralität...

Schüler*innen sollen im Sinne einer Mündigkeit erlernen, sich ihr eigenes Urteil zu bilden und ihre eigene Meinung einzubringen. Das ist nur möglich, wenn es einen transparenten Umgang mit den eigenen politischen Positionen gibt.

Eine nähere Betrachtung zeigt also, dass Sie sich angstfrei den Themen Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widmen und mutig für demokratische und menschenrechtliche Bildung einstehen können!

„Politische Bildung als Unterrichtsfach und als Schulprinzip hat die zentrale Aufgabe, die Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Insofern geht es beim Politikunterricht nicht primär um die Vermittlung von Fachgegenständen. Wichtiger sind die Förderung von Urteilkraft, von kritischem Denken und das Befähigen von interessensgeleitetem und werteorientiertem Handeln.“

Dirk Lange 2018



Wie ist die rechtliche Lage?

Viele Lehrer*innen sind unsicher, in welchen Situationen sie einschreiten sollen und was in Österreich gesetzlich verboten ist.

In Österreich ist u.a. gesetzlich verboten:

-  Wiederbetätigung – dazu zählt u.a.: Die Gutheißung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen und die Unterstützung und Teilnahme an nationalsozialistischen Organisationen (Verbotsgesetz).
-  Verhetzung: Wer öffentlich (online und offline) auf eine Weise, dass es vielen Menschen zugänglich ist, gegen Menschen aufgrund ihrer Religion, Hautfarbe, Sprache, Geschlecht, sexueller Orientierung zu Gewalt aufruft oder zu Hass gegen sie aufstachelt, macht sich strafbar.
-  Körperverletzung
-  Cyber-Mobbing
-  Verleumdung
-  Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen und Gutheißung von mit Strafe bedrohten Handlungen.

Gegen Rechtsextremismus und...

Nicht jede Person, die rechte Musik hört oder eine bestimmte Aussage trifft, ist auch ein Neonazi. Trotzdem sollte bei rechtsextremen und diskriminierenden Aussagen, Handlungen oder der Verwendung von Symbolen etc. immer interveniert werden, weil...

- ▶ ...ansonsten Rechtsextremismus normalisiert, legitimiert und gestärkt wird.
- ▶ ...dadurch eine weitere Verbreitung unterbunden werden kann.
- ▶ ...sich Tendenzen verstärken können, wenn keine demokratischen und inklusiven Gegenmodelle angeboten werden.
- ▶ ...Lehrer*innen eine Vorbildfunktion haben, die aufgrund ihrer Machtposition (Alter, Ausbildung, eventuell Geschlecht, Position als Lehrkraft etc.) stärker wirkt als eine Intervention von Personen, die selbst von Ausgrenzung betroffen sind.
- ▶ ...von Diskriminierung und Rechtsextremismus Betroffene geschützt und gestärkt werden müssen.



Es ist wichtig, einer möglichen Spaltung der Schüler*innen entgegenzuwirken.

...Diskriminierung auftreten

Diskriminierung ist oft intersektional. Das bedeutet, dass sich verschiedene Formen der Diskriminierung gegenseitig bedingen und verstärken, z.B. können Mädchen mit Migrationsgeschichte sowohl von Rassismus als auch von Sexismus betroffen sein.

Diskriminierung kann zusätzlich Spaltungen in der (Klassen-) Gemeinschaft verstärken und Radikalisierung in verschiedene Richtungen fördern. Aggression und Ablehnung auf der einen Seite können zu Isolation oder Gegenwehr auf der anderen Seite führen, z.B. wenn Personen, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind, sich verstärkt abgrenzen und sich mit islamistischen Positionen zu identifizieren beginnen.

Was kann ich bei diskriminierenden Äußerungen und Verhaltensweisen der Schüler*innen tun?

Zunächst ist es wichtig, Ursachen und Kontexte diskriminierender Äußerungen und Verhaltensweisen zu verstehen. Treten rechtsaffine Jugendliche dominant auf und schüchtern andere ein, geht es häufig um die Übernahme von Kontrolle und die Bestimmung der Meinungshoheit. Hier ist es wichtig, dass Schulleitung und Lehrende die anderen Schüler*innen schützen, unterstützen und stärken.

Pädagogisches Handeln

Kommt es zum Ernstfall, befinden sich Lehrer*innen oft in einem pädagogischen Dilemma. Bei Vorkommnissen, die möglicherweise strafrechtlich relevant sind, müssen sie abwägen, ob eine Anzeige oder eine andere Form der Intervention angemessen ist. Eine Anzeige kann nicht nur den beruflichen Werdegang der Schüler*in behindern, sondern auch das Vertrauensverhältnis zerstören und weitere pädagogische Interventionen erschweren. Andererseits müssen Jugendliche auch sehen, dass gewisse Handlungen oder Aussagen in einer demokratischen Gesellschaft nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Wie kann ich nun als Lehrperson reagieren?

Zum einen ist es wichtig, solchen Äußerungen oder Handlungen zu widersprechen, sich dagegen zu stellen. Somit wird für alle deutlich, dass diese Einstellung nicht okay ist. Zum anderen ist es wichtig, andere Schüler*innen vor Anfeindungen oder gar Gewalt zu schützen.

Der Kontext ist wichtig.

Pädagogisches Handeln

Berücksichtigen Sie folgende Aspekte:

-  Kennen Sie den/die Schüler*in gut?
-  Wie ist seine/ihre Grundhaltung?
-  Welcher Clique gehört er/sie an?
-  Will er/sie provozieren?
-  Welche Beweggründe liegen hinter dieser Handlung?
-  Müssen andere Schüler*innen geschützt werden?

Grundsätzlich gilt:

-  Kommt es zu Gewalt, müssen Sie die Polizei einschalten und Betroffene schützen!
-  Seien Sie transparent: Sprechen Sie das Problem offen an, alle Beteiligten können daraus lernen!

Pädagogisches Handeln

-  Durch eine offene Thematisierung werden den problematischen Einstellungen stets humanistische Haltungen entgegengesetzt. Das stärkt das demokratische Bewusstsein anderer Schüler*innen und zeigt Unentschlossenen, dass rechte Meinungen nicht unumstritten sind.
-  (Potenziell) Betroffenen wird gezeigt, dass sie nicht allein dastehen, sondern dass sie solidarische Menschen in ihrem Umfeld haben, die sie im Zweifelsfall unterstützen und nicht wegschauen.
-  Das schulische Umfeld sollte gerade für Jugendliche aus benachteiligten Schichten, die eher von Diskriminierung betroffen sind, als sicherer Ort empfunden werden, an dem sie bei Problemen Ansprechpersonen finden.

Prävention im Unterricht

Präventive Arbeit ist sinnvoll. Zu dieser Arbeit gehört die proaktive inhaltliche Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichheit, statt ihrer Tabuisierung. Verbote ohne inhaltliche Diskussion rufen eher Unverständnis oder Widerstand hervor. Folgende Tipps können erste präventive Maßnahmen sein:

-  Schaffen Sie ein Bewusstsein für die Thematik bei Ihren Schüler*innen und im Kollegium.
-  Gewinnen Sie Einblick in die Symbolsprache einschlägiger Gruppen (z.B. mit der Clio-App!).
-  Organisieren Sie Projekttag zum Thema Diskriminierung. Externe Akteur*innen wie das Demokratiezentrum Wien oder ZARA bieten hierzu Workshops und Fortbildungen an.
-  Wenn noch nicht vorhanden: Integrieren Sie entsprechende Klauseln bzgl. Symbole und Äußerungen in die Schulordnung.
-  Stellen Sie die Frage, wie alle Menschen an dieser Schule und in der Gesellschaft miteinander leben und umgehen wollen.
-  Schaffen Sie demokratische Gegenmodelle, indem Sie die Klassen- und Schulgemeinschaft demokratisieren und Schulpersonal, Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen gemeinsam mitreden, mitgestalten und mitentscheiden.

Hilfreiche Adressen

BPB – Bundeszentrale für Politische Bildung:

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus

Clio: Das Projekt erarbeitet vielfältige Materialien für

Berufsschulen: www.clio-project.eu

Demokratiezentrum Wien: Workshops sowie

kostenlose Unterrichtsmaterialien:

www.demokratiezentrum.org

DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes:

www.doew.at/links/websites-zu-rechtsextremismus-und-antisemitismus

sowie

www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich

FIPU – Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit: www.fipu.at

Hilfreiche Adressen

Mauthausen-Komitee Österreich: dokumentiert rechtsextreme und rassistische Handlungen in Österreich systematisch. Hier können Sie Vorfälle unkompliziert melden:

[www.mkoe.at/rechtsextremismus/
rechtsextremismus-melden](http://www.mkoe.at/rechtsextremismus/rechtsextremismus-melden)

Verein für Demokratie & Vielfalt: Materialien aus dem Projekt „Oberstufenzentren für Demokratie und Vielfalt“ www.demokratieundvielfalt.de

ZARA – Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit: Beratung, Training, außerdem anonyme Meldestelle für Rassismus und Hass im Netz: www.zara.or.at/de

Zentrum POLIS: Informationen zu Lehrplänen sowie pädagogisches Material zu vielfältigen Themen der Politischen Bildung: www.politik-lernen.at

Quellen

Beutelsbacher Konsens, abrufbar unter:

www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher_konsens.pdf

Broschüre „Einzelfälle und Serientäter“ des Mauthausen-Komitee Österreich (2018). Abrufbar unter: www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-Broschuere-FPOE-Einzelfaelle-und-Serientaeter-2018.pdf

Mittnik, Philipp/Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan (2018): Was darf Politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politischer Bildung:

https://zpb.phwien.ac.at/wp-content/uploads/Was_darf_politische_Bildung_A4.pdf

Bundesministerium für Inneres, Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (2019): Verfassungsschutzbericht 2018. Abrufbar unter: www.bvt.gv.at/401/files/Verfassungsschutzbericht2018.pdf

Quellen

Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus...? Abrufbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=0

Cyber-Mobbing, Gesetzliche Lage zusammengefasst abrufbar unter: www.oesterreich.gv.at/themen/bildung_und_neue_medien/internet_und_handy___sicher_durch_die_digitale_welt/3/1/Seite.1720720.html

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Entnazifizierung in Österreich. Abrufbar unter: <https://ausstellung.de.doew.at/m28sm129.html>

Grundsatzterlass 2015 zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung in den Schulen. Abrufbar unter: www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/uek/politbildung.html

Quellen

Israelitische Kultusgemeinde Wien (2020):
Antisemitische Vorfälle 2019. Abrufbar unter:
www.ikg-wien.at/ab2019

Körperverletzung, laut Strafgesetzbuch Österreich,
zusammengefasst:
www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/83

Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch
Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In:
Forum Politische Bildung, (Hg.): Informationen zur
Politischen Bildung, Nr. 29, Kompetenzorientierte
Politische Bildung, S. 5-14,
www.politischebildung.com/?Sel=461

Lange, Dirk (2018): Was darf Politische Bildung? In:
Mittnik, Philipp/Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan
(2018): Was darf Politische Bildung? Eine
Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in
Politischer Bildung:
[https://zpb.phwien.ac.at/wp-content/uploads/
Was_darf_politische_Bildung_A4.pdf](https://zpb.phwien.ac.at/wp-content/uploads/Was_darf_politische_Bildung_A4.pdf)

Quellen

Rechtsvorschrift für Lehrpläne für Berufsschulen (2016) im Rechtsinformationssystem des Bundes abrufbar unter:

[www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009625)

[Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009625](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009625)

Verbotsgesetz 1947, zusammengefasst:

www.jusline.at/gesetz/vbtg

Verhetzung, laut Strafgesetzbuch Österreich, zusammengefasst:

www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/283

Verleumdung, laut Strafgesetzbuch Österreich, zusammengefasst:

www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/297

Zentrum für Politische Bildung der PH Wien (2020): Studie: SchülerInnenwissen zu Nationalsozialismus. Abrufbar unter: <https://zpb.phwien.ac.at/studie-schuelerinnenwissen-zu-nationalsozialismus>

CLIO Projektkonsortium



Institut für
Didaktik der
Demokratie

Institut für Didaktik der Demokratie
Leibniz Universität Hannover,
Germany

www.idd.uni-hannover.de/en



Technical school Nikola Tesla,
Vukovar,
Croatia

www.ss-tehnicka-ntesla-vu.skole.hr



Zespół Szkół Poligraficznych,
Warsaw,
Poland

www.www.zspoligraf.pl



Warsaw Centre for Socio-Educational
Innovation and Training,
Warsaw,
Poland

www.wcies.edu.pl



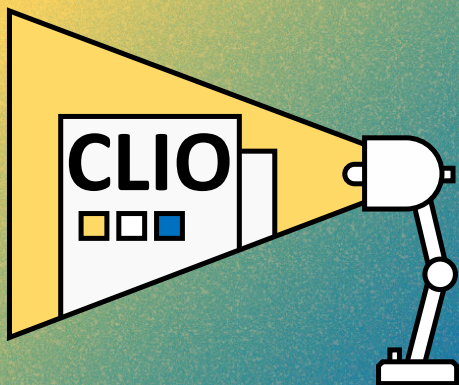
Nansen Dialogue Centre, Osijek,
Croatia

www.www.ndcosijek.hr

Demokratiezentrum **Wien**
www.demokratiezentrum.org

Demokratiezentrum Wien,
Österreich

www.demokratiezentrum.org



KONTAKT

www.clio-project.eu

www.facebook.com/ClioProject



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit der Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Diese Publikation repräsentiert ausschließlich die Ansichten der Autoren. Für die Nutzung des Inhaltes kann die Kommission nicht verantwortlich gemacht werden.

Projektnummer: 2019-1-DE02-KA202-006185